

Fragebogen zur Vernehmlassungsvorlage der Energiestrategie 2050

Antwortende Organisation: Umweltfreisinnige St.Gallen (UFS), Postfach 2111, 9001 St.Gallen

Inhalt

Fragebogen zur Vernehmlassungsvorlage der Energiestrategie 2050.....	1
Kernenergiegesetz.....	3
Zweck, Ziele, Grundsätze Energiegesetz	3
Energieeffizienz	4
Gebäude	4
Mobilität	5
Industrie und Dienstleistungen	6
Anschlussbedingungen und Abnahme- und Vergütungspflicht	8
Einmaliger Beitrag für kleine Photovoltaik-Anlagen	9
Netzzuschlag.....	10
Fossile Kraftwerke	10
Netze	11

Allgemeine Fragen

1. Sind Sie insgesamt mit der Vernehmlassungsvorlage zur Energiestrategie 2050 einverstanden?

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Die Umweltfreisinnigen begrüßen grundsätzlich die Energiestrategie 2050.

Die Machbarkeit der Energieziele und die Modellrechnungen (insbesondere die Situation im Winterhalbjahr) können wir nicht beurteilen, sie erscheinen uns aber tendenziell richtig.

Die Energiestrategie 2050 ist zielorientiert. Allerdings wird dem Bundesrat praktisch ein Blankoscheck gegeben. Denn um die Szenarienziele zu erreichen, stehen dem Bundesrat Instrumente mit hoher Eingriffstiefe zur Verfügung. Aus wirtschaftsliberaler Sicht ist zu fordern, dass die Lenkung primär mit Anreizen erfolgt und nicht durch restriktive oder planwirtschaftliche Massnahmen.

Der geplante Ausbau der Verwaltung/Administration ist kritisch zu hinterfragen.

Praktisch sämtliche Massnahmen verteuern den Energiepreis. Bei der Umsetzung der Massnahmen ist deshalb zu berücksichtigen, dass die internationale Wettbewerbsfähigkeit erhalten bleiben muss.

2. Sind Sie mit dem etappierten Vorgehen der Energiestrategie 2050 einverstanden (zweite Etappe gemäss Ziffer 1.4 im erläuternden Bericht)?

Erläuternder Bericht: 1.3 (erstes Massnahmenpaket), 1.4 (zweite Etappe)

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Der zweiten Etappe können wir insofern nicht zustimmen, als man darüber noch viel zu wenig weiss. Die neue strategische Ausrichtung der Energiepolitik und deren Lenkungssystem werden nur vage angedeutet. Zudem sind wir der Auffassung, dass mit der Umsetzung von Lenkungsmassnahmen nicht zugewartet werden soll. Es besteht bereits heute Handlungsbedarf, weshalb beispielsweise die Einführung einer ökologischen Steuerreform umgehend an die Hand zu nehmen ist. Wir erlauben uns, Sie in diesem Zusammenhang auf den Vorschlag der Umweltfreisinnigen für eine ökologische Steuerreform hinzuweisen (vgl. Beilage).

3. Sind Sie damit einverstanden, den schrittweisen Ausstieg aus der Kernenergie mit dem vorliegenden Massnahmenpaket zu verknüpfen?

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Die Umweltfreisinnigen begrüßen den schrittweisen Ausstieg aus der heutigen Kernergietechnologie. Prioritär sind aber Versorgungssicherheit und konkurrenzfähige Strompreise.

Kernenergiegesetz

4. Sind Sie damit einverstanden, dass Rahmenbewilligungen für die Erstellung neuer Kernkraftwerke nicht mehr erteilt werden dürfen?

Kernenergiegesetz, Art. 12 Abs. 4 (neu)

Erläuternder Bericht: 1.2 sowie 2.2.6

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Die Umweltfreisinnigen unterstützen keine Rahmenbewilligungen für Kernkraftwerke mit der heutigen Technologie. Sie ist aber dezidiert gegen ein generelles Technologieverbot. Zudem müssen Forschung und insbesondere Forschung betreffend Entsorgungstechnologien weitergeführt werden.

Zweck, Ziele, Grundsätze Energiegesetz

5. Sind Sie damit einverstanden, dass Ausbauziele für die Produktion von Elektrizität aus erneuerbaren Energien sowie Verbrauchsziele gesetzlich festgelegt werden?

EnG Art. 2 und 4, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: Gesamt sowie insbesondere 1.2, 1.3, 1.6, 2.1 (1. Kapitel)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Es ist richtig, dass Ziele festgelegt werden und dass bei Nichterreichung der Ziele Massnahmen ergriffen werden. Ziele wie Massnahmen müssen aber fortlaufend auf ihre Realisierbarkeit und gesamtwirtschaftlichen Verträglichkeit überprüft werden. Veränderte Rahmenbedingungen müssen berücksichtigt werden. Da es sich um langfristige Ziele handelt, sind flexible Zeitfenster einem starren Zeitplan vorzuziehen. Nicht einverstanden sind die Umweltfreisinnigen mit der Streichung der heute bestehenden Möglichkeit der Anrechnung der im Ausland produzierten Elektrizität aus erneuerbaren Energien. Wichtig ist, dass für die Erreichung der Produktionsziele keine planwirtschaftlichen Vorgaben gemacht werden, sondern dass den Produzenten ausreichend Spielraum verbleibt.

Energieeffizienz

Gebäude

6. Sind Sie mit der vorgesehenen Erhöhung der Gesamtmittel von Bund und Kantonen zur Verstärkung des Gebäudeprogramms ab 2015 auf maximal 600 Millionen Franken pro Jahr einverstanden?

CO₂-Gesetz, Änderungen Art. 29 und Art. 34 (Vorlage Energiegesetz Seite 31)

Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Gebäude) sowie 2.2.2

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Gebäudesanierungen sind die wichtigsten Massnahmen zur CO₂- Ausstossverminderung. Die Erhöhung der Förderungsmittel und damit die Erhöhung der CO₂- Abgabe wird begrüsst. Wir sind allerdings der Auffassung, dass mit den Fördermitteln mehr Projekte gefördert werden sollten mit entsprechend tieferen Subventionen pro Projekt. Die Umweltfreisinnigen fordern zudem eine CO₂-Abgabe auf allen Treibstoffen.

7. Welche Variante bevorzugen Sie bei der Änderung der gesetzlichen Grundlage für die Verwendung des Ertrags aus der CO₂-Abgabe für den Gebäudebereich?

CO₂-Gesetz, Änderungen Art. 29 und Art. 34

Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Gebäude) sowie 2.2.2

- ☐ Variante 1 (*CO₂-Gesetz, Änderungen Art. 29 und 34, Variante 1*)
☒ Variante 2 (*CO₂-Gesetz, Änderungen Art. 29 und 34, Variante 2*)
☐ Keine der beiden Varianten
☐ Keine Stellungnahme

Bemerkungen:

8. Sind Sie damit einverstanden, dass Kosten für Gebäudeinvestitionen, die dem Energiesparen und dem Umweltschutz dienen, über drei Jahre verteilt steuerlich abgezogen werden können, und dass ab 2025 Investitionen (vgl. erläuternder Bericht: 2.2.3), die dem Energiesparen und dem Umweltschutz dienen nur dann steuerlich abzugsberechtigt sind, wenn das betroffene Gebäude einen bestimmten energetischen Mindeststandard aufweist?

Bundesgesetz über die direkte Bundessteuer, Art. 31a (neu), Art. 32 Abs. 2^{bis} (neu), Art. 32 Abs. 2^{ter} (neu), Art. 67a (neu) und Art. 205e (neu); Bundesgesetz über die Harmonisierung der direkten Steuern der Kantone und Gemeinden, Art. 9 Abs. 3^{bis} bis Abs. 3^{quinqüies} (neu), Art. 10 Abs. 1^{ter} (neu), Art. 25 Abs. 1^{ter} und Art. 72q (neu) und 78f (neu)

Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Gebäude), 2.2.3 und 2.2.4

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Im Interesse einer zügigen Gebäudesanierung begrüßen die Umweltfreisinnigen den Steuerabzug, trotz Steuergerechtigkeitsbedenken und voraussichtlicher Steuerausfälle. Nur wenn Anreize für Gebäudesanierungen bestehen, ist realistisch, dass die Sanierung bestehender Bauten innert nützlicher Frist erfolgt.

Mobilität

9. Sind Sie mit der Verschärfung des CO₂-Emissionszielwerts für die erstmals in Verkehr gesetzten Personenwagen auf durchschnittlich 95 g CO₂/km bis Ende 2020 einverstanden?

CO₂-Gesetz, Änderung Art. 10

Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Mobilität) sowie 2.2.2

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

10. Sind Sie mit der Einführung eines CO₂-Emissionszielwerts für die erstmals in Verkehr gesetzten Lieferwagen und leichten Sattelschleppern und dessen Festlegung auf durchschnittlich 175 g CO₂/km bis Ende 2017 und auf durchschnittlich 147 g CO₂/km bis Ende 2020 einverstanden?

CO₂-Gesetz, Änderung Art. 10

Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Mobilität) sowie 2.2.2

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Energieversorgungsunternehmen und Unternehmen der Energiewirtschaft

11. Sind Sie damit einverstanden, dass Elektrizitätslieferanten Zielvorgaben zur stetigen Steigerung der Effizienz beim Elektrizitätsverbrauch erfüllen müssen (mittels Einführung von sogenannten weissen Zertifikaten)?

EnG, Art. 43 bis 46, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Energieversorgungsunternehmen) sowie 2.1 (6. Kapitel 3. Abschnitt)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Diese Strategie wird begrüsst. Die Ausweitung der Administration ist aber in Grenzen zu halten.

12. Sind Sie damit einverstanden, dass der Bund Unternehmen der Energiewirtschaft aus Gründen der Transparenz und Information verpflichten kann, Daten zu veröffentlichen (insbesondere bezüglich Strom- und Wärmeverbrauch von Kundengruppen sowie bezüglich Angeboten und Massnahmen zur Förderung einheimischer und erneuerbarer Energien und der Energieeffizienz)?

EnG, Art. 62, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 2.1 (9. Kapitel)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Aber auch diesbezüglich ist eine Aufblähung der Administration zu verhindern.

Industrie und Dienstleistungen

13. Sind Sie mit der Ausweitung der wettbewerblichen Ausschreibungen auf Elektrizitätsproduktion und -verteilung einverstanden?

EnG, Art. 33, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Industrie und Dienstleistungen) sowie 2.1 (4. Kapitel)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Die wettbewerblichen Ausschreibungen sollen in beschränktem Umfang ausgeweitet werden, um echte „Leuchtturmprojekte“ zu unterstützen. Die Projekte sind sorgfältig auszuwählen und zu kontrollieren, um Subventionsjägerei und versteckte staatliche Verkaufsförderung zu verhindern.

14. Sind Sie damit einverstanden, dass sich Endverbraucherinnen und Endverbraucher mit einem Elektrizitätsverbrauch von mehr als 0,5 GWh pro Jahr gegenüber dem Bund zur Steigerung der Stromeffizienz sowie zur Verminderung des CO₂-Ausstosses verpflichten können und damit den Netzzuschlag rückerstattet erhalten?

EnG, Art. 38, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.1 (Industrie und Dienstleistungen) sowie 2.1 (5. Kapitel 1. Abschnitt)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Erneuerbare Energien

15. Sind Sie mit der Einführung einer gemeinsamen Planung von Bund und Kantonen sowie eines gesamtschweizerischen Ausbaupotenzialplans für den Ausbau der erneuerbaren Energien einverstanden?

EnG, Art. 11 und 12, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Unterstützende Massnahmen), 2.1 (2. Kapitel, 2. Abschnitt)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Es ist von zentraler Bedeutung, dass ein gesamtschweizerischer, verbindlicher Ausbaupotentialplan entsteht, unter Mitwirkung der Kantone.

16. Sind Sie damit einverstanden, dass die Kantone verpflichtet werden, insbesondere für Wasser- und Windkraft geeignete Gebiete und Gewässerstrecken im Richtplan festzulegen und dazu einen Nutzungsplan vorzulegen?

EnG, Art. 13, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Unterstützende Massnahmen), 2.1 (2. Kapitel, 2. Abschnitt)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Zudem sollten sie auch geeignete Flächen für PV- Grossanlagen ausserhalb der Bauzone festlegen.

17. Sind Sie damit einverstanden, dass für neue Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien ab einer gewissen Grösse und Bedeutung ein nationales Interesses statuiert wird?

EnG, Art. 14, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht 1.3.2 (Unterstützende Massnahmen), 2.1 (2. Kapitel, 2. Abschnitt)

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Für die Umweltfreisinnigen ist Natur- und Umweltschutz ein Kernanliegen. Eine generelle Bevorzugung der Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energien ist nicht akzeptabel. Es hat im Einzelfall eine Güter- und Interessenabwägung zu erfolgen.

Anschlussbedingungen und Abnahme- und Vergütungspflicht

18. Sind Sie mit der Einführung einer Eigenverbrauchs-Regelung, d.h. der Schaffung der gesetzlichen Möglichkeit für Anlagebetreiber selbst produzierte Energie selber zu verbrauchen, einverstanden?

EnG, Art. 17 Absatz 2, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Finanzielle Förderung) sowie 2.1 (3. Kapitel, 1. Abschnitt)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Einspeisevergütungssystem

19. Sind Sie mit dem Ausschluss von Kehrlichtverbrennungs- und Klärgasanlagen sowie Anlagen, die teilweise fossile Brenn- oder Treibstoffen nutzen, aus dem Kreis der teilnahmeberechtigten Anlagen einverstanden?

EnG, Art. 18 Absatz 4, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Finanzielle Förderung) sowie 2.1 (3. Kapitel, 2. Abschnitt)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

20. Sind Sie mit der Begrenzung der jährlich zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel zur Förderung von Photovoltaik-Anlagen einverstanden? Diese Kontingentierung soll als Ersatz für die heutige mehrstufige Regelung mit Gesamtdeckel und Teildeckel dienen.

EnG, Art. 20, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Finanzielle Förderung) sowie 2.1 (3. Kapitel, 2. Abschnitt)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Mit der vorgeschlagenen Fördermittelbegrenzung für PV- Anlagen (> 10 kW) sind die Umweltfreisinnigen einverstanden. Aber Kleinanlagen (<10 kW), die mehrheitlich den Eigenbedarf abdecken, sollen nicht limitiert werden. Eine gewisse Kontinuität der Förderung unter Berücksichtigung der technischen und wirtschaftlichen Entwicklung muss gewährleistet sein.

21. Sind Sie damit einverstanden, dass für den Vollzug des Einspeisevergütungssystems und der neuen Aufgaben (Einmalvergütung für kleine Photovoltaik-Anlagen, WKK-Vergütungssystem) eine separate Stelle in der Form einer Tochtergesellschaft bei der nationalen Netzgesellschaft geschaffen wird?

EnG, Art. 65 und 66, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 2.1 (10. Kapitel)

☐ Ja ☐ Nein ☒ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Einmaliger Beitrag für kleine Photovoltaik-Anlagen

22. Sind Sie damit einverstanden, dass Photovoltaik-Anlagen mit einer Leistung unter 10 kW ausserhalb des Modells der Einspeisevergütung gefördert werden?

EnG, Art. 28-30, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Finanzielle Förderung) sowie 2.1 (3. Kapitel, 3. Abschnitt)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

23. Sind Sie damit einverstanden, dass Photovoltaik-Anlagen mit einer Leistung unter 10 kW mit einem einmaligen Beitrag (Einmalvergütung) anstelle der Einspeisevergütung gefördert werden? Oder bevorzugen Sie – als Alternative zur Einmalvergütung – das Net Metering für die künftige Förderung der kleinen Photovoltaik-Anlagen mit einer Leistung unter 10 kW?

EnG, Art. 28-30, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Finanzielle Förderung) sowie 2.1 (3. Kapitel, 3. Abschnitt)

☒ Einmalvergütung
☐ Net Metering
☐ Keine der erwähnten Optionen

Bemerkungen:

24. Sind Sie mit damit einverstanden, dass die kleinen Photovoltaik-Anlagen unter 10 kW auf der Warteliste (ohne positiven Bescheid) vom Einspeisevergütungssystem ausgenommen und mittels Einmalvergütung gefördert werden?

EnG, Art 71, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 2.1 (3. Kapitel, 2. Abschnitt sowie 12. Kapitel)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Netzzuschlag

25. Sind Sie mit der Entfernung des Gesamtdeckels sowie der Teildeckel für die Finanzierung der Vergütungen einverstanden?

EnG, Art 36, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.2 (Finanzielle Förderung) sowie 2.1 (5. Kapitel)

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Die Umweltfreisinnigen befürchten, dass durch die gänzliche Entfernung des „Deckels“ die Kontrolle über einen wirtschaftlich verträglichen Strompreis verloren geht. Der Bundesrat muss gemäss Art. 36 Abs. 3 den Netzzuschlag bedarfsgerecht entsprechend den gesetzlichen Förderungsansprüchen (Art. 36 Abs. 2) erhöhen.

Fossile Kraftwerke

26. Sind Sie mit der Einführung eines WKK-Vergütungssystems einverstanden?

EnG, Art 31 ff., Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.3 sowie 2.1 (3. Kapitel, 4. Abschnitt)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Die WKK Betreiber brauchen Investitionssicherheit. Die Vergütungshöhe und -zeitdauer muss vor dem Bau bestimmt werden. Die Rentabilität der WKK im Vergleich zu den einfachen Heizungen ist fraglich, aber sie sind als Regelenergielieferant nötig.

27. Sind Sie mit dem Förderbereich des Vergütungssystems für WKK einverstanden (Anlagen mit einer Feuerungswärmeleistung von 0,35 MW bis und mit 20 MW)?

EnG, Art.31 Abs. 1, Entwurf vom 28. September 2012

Erläuternder Bericht: 1.3.3 sowie 2.1 (3. Kapitel, 4. Abschnitt)

☒ Ja ☐ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

28. Sind Sie mit der Einführung einer Verpflichtung zur Kompensation sämtlicher verursachter Emissionen, unter gleichzeitiger Befreiung von der CO₂-Abgabe, für Anlagen, die am WKK-Vergütungssystem teilnehmen, einverstanden?

CO₂-Gesetz, Art. 22 Abs. 4bis (neu)

Erläuternder Bericht: 1.3.3 sowie 2.2.2

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Der Bedarf von WKK ist durch die fluktuative Eigenschaft der erneuerbaren Energien bedingt. Leider erscheint im heutigen Zeitpunkt realistischerweise ein Einsatz mehrerer fossiler Kraftwerke nach dem AKW- Ausstieg nicht zu umgehen, weil WKK als Erzeuger von Regelleistungsenergie und zum Überbrücken von Stromengpässen unentbehrlich sind. Dieser Kurzzeitbetrieb mit hoher Lieferbereitschaft verursacht hohe Betriebs- und Amortisationskosten. Es besteht also die Gefahr, dass niemand in solche Anlagen investieren will. Deshalb ist bis auf weiteres von einer Verpflichtung zur Kompensation sämtlicher verursachter Emissionen abzusehen. Sollte sich herausstellen, dass zu viele WKK-Anlagen realisiert werden, könnten später für neue WKK immer noch Verschärfungen eingeführt werden, um einem unerwünschten Trend Einhalt zu gebieten.

29. Welche alternative Fördermöglichkeiten für die Wärme-Kraft-Kopplung schlagen Sie vor?

.....
.....
.....

Netze

30. Sind Sie mit den vorgeschlagenen Regelungen zur Verfahrensbeschleunigung auf dem Gebiet des Elektrizitätsrechts einverstanden? Dazu gehört insbesondere, dass der Zugang ans Bundesgericht auf Rechtsfragen von grundsätzlicher Bedeutung eingeschränkt wird.

Bundesgerichtsgesetz, Art. 83 Bst. w (neu)

Erläuternder Bericht: 1.3.4 sowie 2.2.1

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Das Elektrizitätsrecht soll gegenüber anderen Rechtsgebieten nicht bevorzugt werden.

31. Sind Sie mit den vorgeschlagenen Regelungen zur Einführung und Kostentragung von intelligenten Messsystemen einverstanden?

Dies betrifft insbesondere die Delegationsnormen zur Einführung und zur Festlegung von Mindestanforderungen sowie die Möglichkeit für die Netzbetreiber, die Kosten der Einführung gesetzlich vorgeschriebener intelligenter Messsysteme als anrechenbare Netzkosten auf die Endkundinnen und -kunden zu überwälzen

Stromversorgungsgesetz, Art. 15 Abs.1 und 1bis (neu) sowie Art. 17a (neu)

Erläuternder Bericht: 1.3.4 sowie 2.2.8

☐ Ja ☒ Nein ☐ keine Stellungnahme

Bemerkungen:

Die Umweltfreisinnigen bezweifeln den Nutzen dieser kostspieligen Investitionsverpflichtung.